

Für Branntwein erteilt die Steuerverwaltung über ein bestimmtes unter steuerlichem Verschluß liegendes Quantum eine Bescheinigung, daß sie das Gut für die Reichsbank in Pfandbesitz genommen habe. Diese Einrichtung ist auch für Zucker ein Erforderniß und wünschenswerth, daß sie auf alle Lombarddarleihen, also auch auf Privatbankinstitute auszudehnen sei. Der erwähnte Magistratsantrag erstreckt denn auch diese Ausdehnung auf Privatbanken und zwar nicht allein für Zucker, der in den beiden zu errichtenden Speichern, sondern auch für solchen, der im Packhof lagert. Das Kollegium der Handelskammer in Magdeburg beschloß daher, diesen Antrag im ganzen Umfang zu unterstützen und, da weitere Wünsche

hinsichtlich Beleihung von lagerndem Zucker geltend gemacht wurden, dahin zielende Schritte für später sich vorzubehalten.

Das königliche Ministerium für Handel und Gewerbe hatte die oben erwähnte Handelskammer um Aufzählung derjenigen Gewerbe ersucht, welche Zucker zu anderen als Verzehrungsgegenständen verarbeiten und denen nach §. 8 des Zuckersteuergesetzes Steuerfreiheit zu gewähren wäre. Es sollen nach eingezogener Erkundigung die Fabrikation und Appretur von Seide, ferner von Tinte, Stiefelwichse u. dem Ministerium namhaft gemacht werden.

Verschiedenes.

Eine Pascher- und Schmugglergeschichte, welche bereits vier Jahre zurückliegt, beschäftigt am Dienstag die dritte Strafkammer des Berliner Landgerichts I. Die Anklage richtete sich gegen den Galanteriewaarenfabrikanten G. Sch. in Berlin und beschuldigte denselben, zu W. in B., im Herbst 1883 und 1884 gemeinschaftlich mit Anderen fortgesetzt es unternommen zu haben, die österreichisch-ungarischen Eingangsabgaben zu hinterziehen. Es ist dies ein Verstoß gegen das Gesetz betr. die Bestrafung von Zuwiderhandlungen gegen die österreichisch-ungarischen Zollgesetze vom 17. Juli 1881. Der Angeklagte hatte für seine Galanteriewaaren sein Hauptabsatzgebiet in Oesterreich. Um seinen Abnehmerkreis zu erweitern, übernahm er es, seinen Kunden die Waaren zollfrei zu liefern, er selbst aber umging die Zollgefälle, indem er sich mit einer wohlunterrichteten Schmugglerbande in Verbindung setzte. Als Pascher trat ein gewisser W. in Thätigkeit, welcher sich wieder mit zwei anderen Schmugglern, den dicht jenseits der Grenze bei W. wohnenden Händlern D. und D. in Verbindung setzte. W. nahm nun im Herbst 1883 von dem Angeklagten fortgesetzt Leber und Galanteriewaaren in Empfang und vertrieb sie weiter an die beiden Unteragenten, und deren Genossen. In W. wurden die Zollbezeichnungen geändert und dann die Waaren an die Kunden des Angeklagten mit der Eisenbahn oder der Post versandt. In der Nacht zum 21. November 1884 wurden drei aus dem Geschäft des Angeklagten herrührende Kisten mit zollpflichtigen Waaren den Paschern abgejagt und mit Beschlag belegt. Die Seitens der österreichischen Finanzbezirks-Verwaltung angestellten Erhebungen ergaben, daß der Angeklagte durch seine drei Helfershelfer im November 1883 und im Oktober 1884 44 Waarensendungen in 53 Kisten verpackt im Fahrenwerthe von 11884 Mk. nach Oesterreich eingeschmuggelt hatte. Diese Waarensendungen, die zum Theil beschlagnahmt wurden, enthielten lediglich solche Waaren, die dem österreichischen Eingangszoll unterliegen. — Der Gerichtshof hielt den Angeklagten auf Grund der vorhandenen Zeugenaussagen in Verbindung mit den beschlagnahmten Briefen für überführt und verurtheilte ihn nach Maßgabe der rechtlichen Vorschriften zu einer Geldstrafe von 7000 Mk. 34 Pf., im Unvermögensfalle zu 6 Monate Gefängniß.

In Guben ist die Einführung einer Biersteuer, welche der Magistrat beantragt hatte, und deren Ertrag auf etwa 12000 Mk. veranschlagt wurde, von der Stadtverordneten-Versammlung mit der Begründung abgelehnt worden, daß das Bier ein notwendiges Lebensmittel sei und die Ueberwachung derselben viele Angelegenheiten mitführe. Dagegen ersuchten sie den Magistrat, eine Vorlage anzubereiten, in der nur das auswärtige, d. h. das echte Bier und der Wein mit einer Steuer belegt werden.

Verbot der Anwendung des Saccharin beim Bierbrauen in England.

In der Sitzung des englischen Unterhauses vom 27. v. M. fand bei der Verathung des Budgets über Zölle und Steuern eine interessante Verhandlung über die Anwendung des Saccharins bei dem Bierbrauen statt. Eine Bestimmung, welche das Schatzamt ermächtigt, den Gebrauch gewisser Stoffe bei steuerpflichtigen Waaren zu verbieten, sollte durch einen Zusatz abgeschwächt werden, welcher dieses Verbot auf schädliche und nachtheilige Stoffe einschränkt, u. zw. wie der Auftragssteller ausführte, um die Verwendung des Saccharins beim Bier zuzulassen. Der Schatzkanzler, Herr Goschen, widersetzte sich diesem Antrage im Interesse der Einnahmen aus der Biersteuer und wurde hierbei von Herrn Gladstone unterstützt. Herr Goschen erklärte

ferner, daß, wenn der englische Brauer kein Saccharin anwenden dürfe, dies auch dem ausländischen Brauer bei der Einfuhr von Bier nicht gestattet werden könne.

Der beantragte Zusatz wurde mit 229 gegen 123 Stimmen abgelehnt.

Aus den Verhandlungen der Handelskammer zu Halberstadt.

Sitzung vom 18. April 1888.

Die Handelskammer zu Minden hat den Herrn Minister für Handel und Gewerbe gebeten, beim Erlaß der Ausführungsbestimmungen zum neuen Zuckersteuergesetze dahin zu wirken, daß die am 1. August d. J. (dem Zeitpunkte des Inkrafttretens des Gesetzes) vorhandenen Bestände an fertigem Zucker in gleicher Weise wie die Vorräthe von unfertiger Waare behandelt werden sollen, indem den Besitzern behufs Vermeidung von Doppelbesteuerung gestattet wird, dieselben in den inländischen Verkehr zu bringen, ohne daß die neue Verbrauchsabgabe dafür entrichtet zu werden braucht. Da der Handelskammer mitgetheilt wurde, daß auch der „Verein Deutscher Zuckerraffinadeure“ in diesem Sinne beim Bundesrathe vorstellig geworden sei, so ließ dieselbe es bei der Kenntnißnahme von der Mindener Eingabe bewenden.

Personal-Nachrichten.

Breußen.

I. Veränderungen in den Stellenbesetzungen.

Es sind

in der Provinz Ostpreußen

pensionirt: die Hauptamtsassistenten 1. Wendreich in Chydakunen und 2. Wottrich in Königsberg;

befördert oder versetzt: die Assistenten bei der Provinzial-Steuerdirektion in Königsberg 1. Großmann und 2. Möck zu Sekretairen bei derselben, 3. der Obersteuereontrolleur Altgott in Pr. Holland als Obergrenzkontrolleur für den Zollabfertigungsdienst nach Memel, 4. der Obergrenzkontrolleur Taufendfreund in Fürstenwalde als Obersteuereontrolleur nach Pr. Holland, 5. der Hauptamtsassistent Zeigemeister in Königsberg zum Obergrenzkontrolleur in Fürstenwalde, 6. der Steueraufscher Jarrensteiner in Königsberg zum Hauptamtsassistenten daselbst, und 7. der Obergrenzkontrolleur Neumann in Mierunsken als Obersteuereontrolleur nach Mewe;

in der Provinz Westpreußen

gestorben: der Hauptamtsassistent Graf in Elbing;

befördert oder versetzt: die Assistenten bei der Provinzial-Steuerdirektion in Danzig 1. Matthies und 2. Oltersdorf zu Sekretairen bei derselben, 3. der Obersteuereontrolleur Ollmeyer in Berent in gleicher Eigenschaft nach Graudenz;

in der Provinz Brandenburg

befördert oder versetzt: die Assistenten bei der Provinzial-Steuerdirektion in Berlin 1. Denzer, 2. Hollberg, 3. Thielbörger, 4. Blobel und 5. Wegener zu Sekretairen bei derselben, 6. der Obersteuereontrolleur Pflugmacher in Eberswalde in gleicher Eigenschaft nach Königsberg in Pr., 7. der Obersteuereontrolleur